

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 175/2006 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Grüne: Massnahmen im Bereich des Familiennachzugs (13.12.2006)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit der Familiennachzug von Kindern, insbesondere im Vorschulalter, so rasch als möglich erfolgt. Hürden, wie Wohnungsgrösse und Einkommensgrenze, welche den Nachzug in der Regel verhindern oder verzögern, sind bei Familiennachzugsgesuchen nur sekundär zu gewichten und der Ermessensspielraum ist voll auszuschöpfen.

Begründung (13.12.2006): schriftlich.

Nachgezogene Jugendliche bilden bei der Einwanderung eine wichtige Gruppe. Jugendliche, welche die Schulzeit in ihrem Heimatland verbrachten, über keinen Anschluss verfügen oder die Schule kaum besucht haben, landen sehr oft in der Erwerbslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit. Die Anforderungen an die Ausbildung von Jugendlichen sind stetig gestiegen und ohne ausreichende Grundschulkenntnisse gelingt nur wenigen Jugendlichen der Anschluss an die Berufsausbildung. Auch die Integrationskurse können das Versäumte nicht mehr vollumfänglich nachholen.

Auch im neuen Ausländergesetz ist der Familiennachzug für Personen mit Aufenthaltsbewilligung, nebst der Altersgrenze, an weitere Voraussetzungen gebunden. Wohnungsgrösse und die finanziellen Mittel der Eltern spielen ebenfalls eine Rolle. Wir sind der Meinung, dass bei der Interessenabwägung primär das Alter der nachzuziehenden Kinder zu gewichten ist, damit der Nachzug von Kindern so früh wie möglich bewilligt werden kann. Wohnungsgrösse und finanzielle Mittel dürfen nicht vernachlässigt werden, sollen aber nicht im Mittelpunkt stehen; künftig mögliche Verbesserungen sollen miteinbezogen werden. Eine vorübergehende Unterstützung z.B. kann durch die erfolgreiche Integration von Kindern längstens wettgemacht werden.

Die Folgen anhaltender Erwerbslosigkeit von Jugendlichen kann die Gesellschaft auf die Dauer nicht tragen. Sie sind in finanzieller wie auch sozialer Hinsicht aufwändiger als die vorübergehende Unterstützung von Familien, welche ihre Kinder so früh als möglich nachziehen.

Unterschriften: 1. Susanne Schaffner, 2. Christine Bigolin Ziörjen, 3. Iris Schelbert-Widmer, Marianne Kläy, Regula Zaugg, Hans-Jörg Staub, Clemens Ackermann, Philipp Hadorn, Andreas Ruf, Thomas Woodtli, Stephanie Affolter, Ruedi Heutschi, Reiner Bernath, Brigit Wyss, Martin Straumann, Urs Wirth, Walter Schürch, Barbara Banga, Andreas Bühlmann, Jean-Pierre Summ, Markus Schneider, Niklaus Wepfer. (22)